

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 724 bis 726 einfügen:

überwunden und es durch das Bürgergeld ersetzt. Es schützt vor Armut und ermöglicht die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Die Abschaffung des Vermittlungsvorrangs war ein wichtiger Schritt der Reform. Einer Wiedereinführung werden wir nicht zustimmen. Statt arbeitslose und arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen, unterstützen wir und sorgen

Begründung

Der Vermittlungsvorrang bei Hartz IV bedeutete, dass bei Bestehen einer Vermittlungsmöglichkeit für arbeitslose Menschen, diese sie zuerst annehmen mussten, bevor ihnen die Grundsicherung genehmigt wurde.

Aus einer Kommunikation der Bundesregierung vom März 2024: "Der sogenannte Vermittlungsvorrang wurde aufgehoben, also die bevorzugte Vermittlung in Erwerbstätigkeit, Weiterbildung und der Erwerb eines Berufsabschlusses stehen beim Bürgergeld im Vordergrund." (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/buergergeld-2124684>)

Die Union möchte den Vermittlungsvorrang wieder einführen (siehe: <https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>). Bürgergeld sollte aber zuerst genehmigt werden und danach sollte überprüft werden, welche Vermittlungsmöglichkeiten bestehen.

Dieser Antrag entspricht auch unserer Beschlusslage aus dem Bundestagswahlprogramm 2021, siehe S.112: "Notwendig sind intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines Vermittlungsvorrangs in prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung." (https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf)

weitere Antragsteller*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Till Eichler (KV Bamberg-Stadt); Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Merieme Benali-Jockers (KV Berlin-Reinickendorf); Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land); Esther Frey (KV Coburg-Land); Cim Kartal (KV Bielefeld); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Bernhard Schußler (KV München-Land); Jörg Friedrich (KV Odenwald); Isabella Emilia Sophia Mc Nicol (KV Wetterau); Mimont Bousroufi (KV Bonn); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.